

# „Menschen verlieren an Schwung“

**Interview.** Jung, gesund, männlich, keine Betreuungspflichten, sofort verfügbar – so stellten sich viele Betriebe den idealen Mitarbeiter vor, sagt Arbeitsminister Kocher. Doch so einfach sei es nicht.

VON JEANNINE HIERLÄNDER

**Die Presse:** Der AMS-Chef sagte der „Presse“ kürzlich, er beobachte eine „Entwöhnung vom regelmäßigen Arbeiten“ als Folge langer Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Besorgt Sie das?

**Martin Kocher:** Es ist ganz normal, dass man sich in einer Phase, in der sich der Tagesablauf über einen so langen Zeitraum verändert, daran gewöhnt. Ich glaube nicht, dass das von Dauer ist. Aber vorübergehend gibt es sicher gewisse Gewöhnungseffekte.

**Sie sind Verhaltensökonom. Gibt es aus der Forschung Evidenz für eine Situation wie die aktuelle?**

Eigentlich nicht. Was wir wissen, ist: Menschen verlieren nach einer gewissen Zeit an Schwung. Und Umgewöhnungen sind immer schwierig, weil wir Gewohnheiten gern behalten. Aber wir haben gute Instrumente, Menschen nach langer Arbeitslosigkeit bei der Wiedereingliederung zu unterstützen. Die Betriebe werden auch Instrumente entwickeln müssen, um Menschen nach langer Zeit in Kurzarbeit gut einzugliedern.

**Bis jetzt hat ja vor allem die Regierung Instrumente entwickelt – Stichwort Staatshilfen.**

Wenn jemand lang in Kurzarbeit war, ist die Frage, wie bringt man ihn wieder in Normalbeschäftigung. Ich war in einer Brauerei und habe gelernt, dass die Fahrer, die Bier ausliefern, diese Fässer und Kisten auch in den Keller tragen. Die waren teilweise ein Jahr in Kurzarbeit, da verliert man auch Muskelmasse. Es geht um ganz profane Dinge. Ich bin sicher, dass sich jedes Unternehmen Gedanken gemacht hat.

**Die Wirtschaft brummt, der Aufschwung ist stärker als erwartet. Trotzdem setzt die Regierung die üppigen Staatshilfen fort. Wäre jetzt nicht der Zeitpunkt, sie zurückzufahren?**

Das tun wir ja. Wir haben die großzügige Coronakurzarbeit massiv eingeschränkt auf Bereiche, in denen der Umsatzausfall mindestens 50 Prozent betragen hat.

**Sie rechnen damit, dass 120.000 Menschen weiter in Kurzarbeit sein werden. Das ist nicht wenig.**

Wir erwarten insgesamt 100.000 bis 120.000 Menschen in Kurzarbeit bis Ende des Sommers. Die großzügige Coronakurzarbeit wird eine kleine fünfstellige Zahl an Menschen in Anspruch nehmen. Das ist überschaubar.

Ich zitiere aus einem Interview, das Sie der „Presse“ im September gegeben haben: „Kurzarbeit ist eigentlich für kurze Phasen des Nachfrageausfalls gedacht. Nach einem bis eineinhalb Jahren wäre der Zeitpunkt, zu dem die Sinnhaftigkeit nicht mehr gegeben ist.“ Nun wurde die Kurzarbeit bis Mitte 2022 verlängert, das wären dann über zwei Jahre. Wieso denkt der Minister Martin Kocher anders als der Ökonom? Wir kommen natürlich an das Ende dieses Zeitraums, deshalb haben wir gesagt, dass die großzügige Coronakurzarbeit zunächst



Findet nicht, dass die Staatshilfen angesichts des Wirtschaftsaufschwungs zu üppig sind: Arbeitsminister Martin Kocher. [Clemens Fabry]

bis Ende des Jahres befristet ist. Und: Ein Betrieb kann maximal 24 Monate Kurzarbeit beantragen.

**Immer noch deutlich mehr als ein bis eineinhalb Jahre.**

Die schwierige Lage im Winter konnte niemand vorhersehen. Und es stimmt: Kurzarbeit muss temporär sein. Je länger sie dauert, desto größere Schwierigkeiten verursacht sie volkswirtschaftlich. Im Aufschwung ist sie kontraproduktiv. Aber Betriebe, die unverschuldet in dieser Situation sind, brauchen Hilfe, auch wenn es volkswirtschaftlich nicht optimal ist.

**Man kann jedenfalls nicht sagen, dass die Regierung jetzt die Marktkräfte wirken lässt. Nehmen wir als Beispiel den Neustartbonus. Das AMS stockt das Gehalt von Teilzeitbeschäftigten auf 80 Prozent des Vollzeitgehalts auf. Wie verhindert man da großflächige Mitnahmeeffekte?**

Mitnahmeeffekte kann man nie ausschließen. Da geht es vor allem um Menschen, die lang arbeitslos waren und nun vorübergehend weniger verdienen. Gleichzeitig geht es darum, Betriebe zu unterstützen, die Schwierigkeiten haben, jemanden in Vollzeit anzustellen. Und das ist ja keine Förderung für die Unternehmen, sondern vor allem für die Betroffenen.

**Es ist schon auch eine Lohnsubvention für die Betriebe. Wie wollen Sie prüfen, ob Unternehmen nicht ohnehin vorgehabt hätte, jemanden Vollzeit anzustellen – auch ohne Hilfe?**

Das können wir nicht überprüfen. Das Entscheidende ist, dass die Subvention auf Menschen beschränkt ist, die arbeitslos waren. Die Höhe des Neustartbonus ist außerdem abhängig vom Arbeitszeitausmaß. Es ist in der Übergangphase einfach wichtig, möglichst viele Leute rasch in Beschäftigung zu bringen.

**Warum muss man überhaupt Jobs**

**subventionieren in einer Zeit, in der das AMS so viele offene Stellen meldet wie nie zuvor?**

Weil wir auf dem Arbeitsmarkt unterschiedliche Gruppen haben. Die, die rasch Arbeit finden. Und die, die auch im besten Aufschwung Unterstützung brauchen. Das sind vor allem Langzeitarbeitslose. Sie können sonst nicht integriert werden, daher sehe ich die Hilfen als Investition, mit der wir langfristig Kosten sparen.

**Unternehmen klagen, dass sie kein Personal finden. Ist der Aufschrei berechtigt? Oder sind die Betriebe nicht auch mitverantwortlich, wenn ihnen jetzt die Mitarbeiter fehlen?**

Unternehmen, die stark auf Kurzarbeit gesetzt haben, sind jetzt im Vorteil. Gleichzeitig haben viele die Vorstellung, dass die ideale Arbeitskraft ganz einfach vorhanden ist: Ich schreibe eine Stelle aus, und fünf Tage später habe ich den jungen Mann, der keine Betreuungspflichten hat, völlig gesund ist und den Job zum Kollektivvertragslohn macht. So einfach ist es nun einmal nicht. In anderen Bereichen kann niemand etwas dafür – etwa, dass nach der Krise viele Saisoniers nicht mehr kommen.

**Haben Sie in den Verhandlungen über die Kurzarbeit gemerkt, dass Sie als Minister vielleicht doch weniger mitzureden haben, als sie angenommen haben?**

## ZUR PERSON

**Martin Kocher (47)** ist seit Februar Arbeitsminister. Von 2016 bis 2021 war er wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS). Außerdem hatte der Verhaltensökonom, dessen Karriere ihn nach Australien, München und England geführt hatte, eine Professur an der Universität Wien. **Das Interview** entstand im Zuge der Generalversammlung des Wirtschaftsforums der Führungskräfte (WdF), auf der Andreas Zakostelsky als Bundesvorsitzender wiedergewählt wurde.

Im Gegenteil, es war eine sehr ehrliche Diskussion über den Standort und die Arbeitsmarktlage. Die Einschätzungen der Verhandler waren ähnlich. Auch die Vertreter der Gewerkschaft und der Wirtschaft haben erkannt, dass eine zu großzügige Regelung bei der Kurzarbeit zu Problemen führt. Ich fand die Gespräche nicht sonderlich kontrovers.

**Die Rot-Weiß-Rot-Karte soll reformiert werden. Was genau haben Sie vor? Brauchen wir überhaupt mehr Migranten auf dem Arbeitsmarkt, angesichts der vielen Arbeitslosen im Inland?**

In gewissen Bereichen ja, etwa im Tourismus, da brauchen wir Saisoniers. Auch in der Pflege brauchen wir Arbeitskräfte von außerhalb der EU, der Bedarf lässt sich bei allen Bemühungen nicht im Inland decken. Dann gibt es Bereiche wie Hochtechnologie und Digitalisierung, in denen es schon immer schwierig war, Beschäftigte zu finden. Bei der Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte wird es vor allem darum gehen, bürokratische Hemmnisse abzubauen.

**Vor der Arbeitsmarktöffnung für die östlichen EU-Länder hieß es, der Zuzug nach Österreich werde überschaubar sein. Doch die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt war enorm und hat auch zu höherer Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen geführt. Wären die Ängste vieler Menschen rückblickend berechtigt?**

Das glaube ich nicht. Insgesamt haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt von der qualifizierten Zuwanderung profitiert. Jetzt kann man natürlich dazu sagen, hätte man die Finanzkrise vorhergesehen und die darauffolgenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt, hätte man vielleicht andere Entscheidungen getroffen. Es kamen ja viele Menschen nach Österreich, die auch hier Steuern zahlen. In der Gesamtabwägung überwiegt der Nutzen die Kosten bei Weitem.